

ANTRAG

der Fraktion der BMV

Verfassungsschutz ist Demokratieschutz: Einrichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz in Mecklenburg-Vorpommern

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern spricht sich dafür aus, die Abteilung Verfassungsschutz aus dem Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern auszugliedern und als eigenständige Behörde als Landesamt für Verfassungsschutz einzurichten.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür zu schaffen.

Bernhard Wildt und Fraktion

Begründung:

Aufgabe des Verfassungsschutzes ist es unter anderem, Informationen über Bestrebungen zu sammeln, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung oder den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind. Er dient als politisches Instrument der „Streitbaren Demokratie“. Oberstes Ziel dieser „Streitbaren Demokratie“ ist immer der Schutz der Demokratie, wie sie sich in den unveräußerlichen Grundprinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung widerspiegelt. Verfassungsschutz ist damit auch immer Demokratieschutz.

Wie eine Landregierung den Verfassungsschutz organisiert, ist eine Frage ihrer politischen Philosophie, Ausdruck ihres Werteverständnisses und ihrer Auffassung der Ausgestaltung einer demokratischen Gesellschaft. Derzeit gibt es in Deutschland sieben Landesämter für Verfassungsschutz und neun Abteilungen innerhalb von Innenministerien. Auch auf Bundesebene ist der Verfassungsschutz als eigenständiges Bundesamt organisiert.

Landesämter agieren traditionell eigenständiger als die in die Innenministerien integrierten Verfassungsschutzabteilungen. Den Verfassungsschutz als eine dem direkten politischen Einfluss eines Ministers entzogene unabhängige Behörde zu organisieren ist ein Mittel der parteipolitischen Entpolitisierung des Verfassungsschutzes und ein Signal für eine starke Demokratie.

Ziel dieses Antrages soll sein, den Verfassungsschutz des Landes Mecklenburg-Vorpommern aufzuwerten. Er soll noch mehr als bisher zu einer angemessenen Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Extremismusbekämpfung und damit zur Aufrechterhaltung einer demokratischen Gesellschaft befähigt werden. Gerade die gesellschaftlichen Entwicklungen verschiedener Extremismen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass der Verfassungsschutz und damit der Demokratieschutz verstärkt werden muss.

Nicht nur das Erstarken von links-, rechts- und religiös motiviertem Extremismus zeigt die Notwendigkeit einer Aufwertung des Verfassungsschutzes. Besonders auch die Geschehnisse um den NSU haben deutlich gemacht, dass in Deutschland eine Diskussion um die Neuausrichtung der Sicherheitsarchitektur notwendig ist. In diesem Sinne soll dieser Anstoß auch zu einem Diskurs über die Sicherheitsarchitektur in Mecklenburg-Vorpommern anregen.